

Koalitionsverhandlungen von CDU, SPD, CSU

Arbeitsgruppe „Bildung, Forschung und Innovation“



Bildung hat Priorität – Investitionen ausbauen, Bundesbildungsprogramme zukunftsorientiert gestalten, freie Träger gleichberechtigt beteiligen

Bildung ist die wichtigste Ressource für den gesellschaftlichen Fortschritt, wirtschaftliche Innovationskraft und soziale Chancengleichheit. Obwohl die öffentlichen Bildungsausgaben in den vergangenen Jahren gestiegen sind, hinkt Deutschland – insbesondere in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – im internationalen Vergleich hinter den Spitzenländern her. Daher begrüßt der Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) die geplanten Investitionen in die Bildungsinfrastruktur im Rahmen des Sondervermögens „Infrastruktur Bund/Länder/Kommunen“. Aufgrund der drängenden Herausforderungen im Bildungsbereich – sei es beim Ganztagsausbau, der Digitalisierung oder der Fachkräftegewinnung – muss Bildung im Zuge des Sondervermögens einen hohen Stellenwert einnehmen. Dabei ist die bestehende Vielfalt der Bildungsangebote zu berücksichtigen und ihre gleichberechtigte Förderung ausdrücklich bei der Ausgestaltung des Investitionsprogramms zu benennen. Um nachhaltige Effekte zu erzielen, müssen Bildungsverbände und Schulträger bei Gestaltung und Umsetzung der Ziele und Maßnahmen von Beginn an einbezogen werden. Hierbei ist die gleichberechtigte Miteinbeziehung der freien Bildungsträger insbesondere im Zusammenhang bei Beratungen mit den kommunalen Spitzenverbänden wesentlich.

Der VDP schlägt darüber hinaus nachfolgende Formulierungen für den Koalitionsvertrag vor:

Um unser Bildungssystem zukunftssicher aufzustellen, investieren wir konsequent in Bildung, sichern die Bundesbildungsprogramme nachhaltig ab und fördern gemäß Artikel 104c Grundgesetz die Vielfalt der Bildungsangebote unter gleichberechtigter Einbindung freier Träger.

1. Bildungsinvestitionen steigern und langfristig absichern

Ein leistungsfähiges Bildungssystem benötigt eine solide finanzielle Grundlage. Daher werden wir

- Die öffentlichen Bildungsausgaben kontinuierlich erhöhen, um Bildung den Stellenwert einzuräumen, den sie aufgrund ihrer Verantwortung für die Zukunft verdient.
- Eine verlässliche, bedarfsgerechte Finanzierung der Bundesbildungsprogramme sicherstellen, sodass alle Bildungsinstitutionen langfristig und nachhaltig planen können.
- Die digitale Ausstattung und Infrastruktur in Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen langfristig sicherstellen und modernisieren (Digitalpakt 2.0).
- Zukunftsorientierte Bildungsprojekte priorisieren, um Innovationen und den digitalen Wandel in der Bildung voranzutreiben.

2. Gleichberechtigte Förderung aller Bildungsträger

Das grundgesetzlich verankerte plurale Bildungssystem lebt von der Zusammenarbeit freier und staatlicher Träger. Deshalb werden wir:

- Freie Bildungsträger gleichberechtigt in alle Investitions- und Zukunftsprogramme integrieren.
- Eine direkte Mittelbeantragung für freie Bildungseinrichtungen ermöglichen, um ihre Beteiligung zu garantieren.

- Ein Äquivalent zum Konnexitätsprinzip für Bundesgesetze berücksichtigen, mit welchem die Finanzierung der durch Gesetzesänderungen des Bundes entstehenden Kosten bei freien Bildungsträgern sichergestellt wird.

3. Bundesbildungsprogramme zukunftsorientiert gestalten

Um den Herausforderungen von Digitalisierung, Fachkräftemangel und gesellschaftlichem Wandel gerecht zu werden, werden wir:

- Die Bundesförderung für digitale Bildung (Digitalpakt 2.0) maßgeblich ausbauen und Schulen, Hochschulen sowie Weiterbildungseinrichtungen bei der Transformation verlässlich unterstützen.
- Berufsbildende Schulen und Fachschulen gezielt in Förderprogramme einbinden, um die berufliche Qualifikation und Fachkräfteausbildung sowie das Nebeneinander von beruflicher und hochschulischer Ausbildung zu stärken.

4. Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen

Bildung funktioniert nur in enger Zusammenarbeit aller Akteure – Bund, Länder, Kommunen sowie Bildungs- und Wirtschaftspartner. Daher:

- Die Kooperation zwischen Bund und Ländern intensivieren, um Bildungsprogramme effizienter umzusetzen.
- Die freien Bildungsträger bei der Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen miteinbeziehen und insbesondere darauf hinwirken, dass in der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder die freien Bildungsträger berücksichtigt werden.
- Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft verstärkt in die Entwicklung praxisnaher Bildungsangebote einbinden.
- Bürokratische Hürden abbauen, um den Zugang zu Bildungsförderungen zu erleichtern.
- Uns dafür einsetzen, dass Lehrkräfte, die an freien Schulen tätig sind, in den Unfallversicherungsträgern der öffentlichen Hand unfallversichert sind.

Mit diesen Maßnahmen stellen wir sicher, dass Bildung an der Spitze unserer politischen Agenda steht und wir gezielt in die Zukunftsfähigkeit unseres Bildungssystems investieren – für mehr Chancengleichheit und nachhaltigen Fortschritt in Deutschland.

Formulierungsvorschlag:

„Wir werden durch gezielte Investitionen und eine nachhaltige Finanzierung alle Bereiche des Bildungssystems – einschließlich der freien Träger – zukunftssicher aufstellen. Mit diesen Maßnahmen sichern wir den digitalen Fortschritt, stärken die Chancengleichheit und legen den Grundstein für eine innovative, leistungsfähige Bildungslandschaft. Die enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Kommunen sowie Bildungs- und Wirtschaftspartnern garantiert eine zeitgemäße Umsetzung. So schaffen wir die Voraussetzungen für einen zentralen Motor gesellschaftlichen Fortschritts, der Deutschland nachhaltig stärkt.“

Verband Deutscher Privatschulverbände e.V.
 Bundesgeschäftsstelle
 Kronenstraße 3
 10117 Berlin

gez. Ellen Jacob, Bundesgeschäftsführerin
jacob@privatschulen.de